

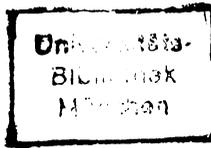
Staat, Kultur, Politik
Beiträge zur Geschichte Bayerns
und des Katholizismus

Festschrift zum 65. Geburtstag von Dieter Albrecht

Herausgegeben von

Winfried Becker — Werner Chrobak

Verlag Michael Laßleben, Kallmünz/Opf.
1992



50652925

ISBN 3784731090

Satz, Druck und Einband:

Buchdruckerei Michael Laßleben, Kallmünz/Opf.

K 93/1919

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort der Herausgeber	V
Adolf Lippold	
Konstantin und die Christen bis 312 n. Chr.	1
Erich Meuthen	
Die Synode im Kirchenverständnis des Nikolaus von Kues	11
Hans-Jörg Kellner	
Ein halbes Jahrhundert Numismatik in Bayern	27
Wilhelm Störmer	
Zur adeligen Grundherrschaft im neuzeitlichen Herzogtum/Kurfürstentum Bayern	33
Alois Schmid	
Notarius civium Ratisponensium. Beobachtungen zu den Stadtschreibern der Reichsstadt Regensburg	49
Peter Schmid	
Bischof David Kölderer von Burgstall (1567–1579). Erste Regungen der Tridentinischen Kirchenreform im Bistum Regensburg	61
Maximilian Lanzinner	
Zur Sozialstruktur der Geheimen Ratskollegien im 17. Jahrhundert	71
Georg Lutz	
Die päpstlichen Subsidien für Kaiser und Liga 1632–1635. Zahlen und Daten zu den finanz- und den bilanztechnischen Aspekten	89
Kathrin Bierther	
Bayerische Absichten auf die Reichsstadt Regensburg und der Regensburger Akkord vom Juli 1634	107
Walter Hartinger	
Kirchliche und staatliche Wallfahrtsverbote in Altbayern	119
	IX

Andreas Kraus	
Johann Kaspar von Lippert im Spiegel seiner Korrespondenzen . . .	137
Pankraz Fried	
Gelehrte Schwaben in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften	157
Winfried Becker	
Ernst Moritz Arndts „Bruchstücke aus einer Reise von Baireuth bis Wien im Sommer 1798“	165
Wolfgang Zorn	
Die Donau in der Geschichte Europas	177
Georg Schwaiger	
Der Statusbericht des Erzbischofs Karl Theodor von Dalberg über das Bistum Regensburg (1816)	193
Eberhard Weis	
München–Wien und München–Paris. Zur Charakterisierung der österreichischen und der französischen Gesandtenberichte aus München 1799–1813.	207
Martin Dallmeier	
Die Grunderwerbspolitik des Hauses Thurn und Taxis in und um Regensburg bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts	219
Ursula Finken	
Apollonia Diepenbrock (1799–1880): Ein Leben für die Armen . .	237
Anton Hochberger	
Dr. Georg Ratzinger: Priester, Sozialtheoretiker und Politiker (1844–1899)	249
Ulrich von Hehl	
Ludwig Windthorst als Parlamentarier. Eine Skizze	257
Karl Hausberger	
Sieben oberhirtliche Stellungnahmen zur Ausbildung des Klerus an den staatlichen Universitätsfakultäten Deutschlands aus dem Jahr 1899	273
Hans-Michael Körner	
Parlamentarisierung und Eigenstaatlichkeit. Gibt es um 1900 eine Wende in der bayerischen Politik?	287
Wilhelm Volkert	
Die Landtagsfraktion des bayerischen Zentrums und die bayerische Staatsverwaltung um 1900	301

Rudolf Morsey	
Prälaten auf der politischen Bühne. Zur Rolle geistlicher Parlamentarier im 19. und 20. Jahrhundert	313
Franz J. Bauer	
Kriegszustand und Militärdiktatur. Eine bayerische Denkschrift vom November 1918.	325
Wolfram Selig	
Ermordet im Namen des Führers. Die Opfer des Röhm-Putsches in München	341
Rudolf Ebneith	
Der Kampf Dietrich von Hildebrands gegen den Nationalsozialismus – ein fast vergessenes Kapitel der österreichischen Vorkriegsgeschichte (1933–1938)	357
Helmut Halter	
Die „Regensburger Domspatzen“ 1924–1945.	371
Heinz Hürten	
Clemens August Graf von Galen, Bischof von Münster. Zu den Grundlagen seiner politischen Positionsbestimmung	389
Friedrich Hartmannsgruber	
Die Reichskanzlei im Dritten Reich und das Verfahren zur Zwangspensionierung von Beamten	397
Paul Mai	
Die Laubaner Magdalenerinnen (Niederschlesien) heute in Seyboldsdorf (Niederbayern). Blüte und Niedergang eines großen Frauenordens	413
Günther Buchstab	
Der Ellwanger Freundeskreis der CDU/CSU	431
Konrad Repgen	
Parerga zum Reichskonkordatsprozeß 1955/57	443
Hans Günter Hockerts	
Das Ende der Ära Adenauer. Zur Periodisierung der Bundesrepublikgeschichte	461
Alfons Goppel †	
Europäische Gemeinschaft	477

Das Ende der Ära Adenauer. Zur Periodisierung der Bundesrepublikgeschichte

I

Zu den zentralen Forschungsthemen der Zeitgeschichte gehört die Frage nach Kontinuität und Diskontinuität der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert. Dabei fällt der Blick zumeist auf die großen Zäsuren 1918, 1933, 1945. Inwieweit wurzelt der Nationalsozialismus in der Tradition der deutschen Geschichte? Steht die Gründung der Bundesrepublik zwar in politischer Diskontinuität zum Nationalsozialismus, aber ebenso in gesellschaftlicher Kontinuität? In diesen und ähnlichen Fassungen wird die Kontinuitätsfrage seit langem heftig debattiert. Es ist nun aber an der Zeit, sie auch in einer erweiterten Fassung zu erproben, sie stärker in die Geschichte der Bundesrepublik hineinzuholen. Die Frage, inwieweit „die Bundesrepublik“ in der Tradition der deutschen Geschichte stehe, verschiebt sich dann: Inwieweit gibt es innerhalb der bundesrepublikanischen Geschichte Zäsuren, Brüche, Umformungen? Die Bundesrepublik ist ja kein „statisches Gebilde“, sondern hat sich den vierzig Jahren ihres Bestehens „in vieler Hinsicht beträchtlich gewandelt“¹.

Es geht also, anders gesagt, um die Periodisierungsproblematik der Bundesrepublikgeschichte. Periodisierungsfragen sind „Gradmesser unseres historischen Verständnisses“ (G. Ostrogorsky). Sie dienen nicht so sehr der Beschreibung von Geschichte, vielmehr ihrer Einordnung in größere Zusammenhänge. Nach dem Zusammenbruch des Marxismus-Leninismus muß nicht mehr umständlich begründet werden, warum die dogmatische Zuweisung eines „historischen Platzes“ im ideologisch gedachten Gang der Geschichte methodisch illegitim wäre². Wenig nützlich sind aber auch holzschnittartige Sichtweisen, in denen die Geschichte der Bundesrepublik wie eine *historia bipartita* erscheint: etwa so, als ob die Zäsur von 1968/69 den befreienden Durchbruch aus der Wüste der

¹ Werner Conze, M. Rainer Lepsius (Hg.), Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem, Stuttgart 1983. Zitat: Vorwort, S. 6. Vgl. auch Martin Broszat (Hg.), Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte, München 1990.

² Die Einführung des Stadiums des „entwickelten Sozialismus“ hat ein Dissident so ironisiert: „Er ist die höhere Stufe des niederen Stadiums des Kommunismus am Vorabend eines Überganges zur niederen Stufe des höheren Stadiums des Kommunismus“. Vgl. Alexander Sinowjew, Die Macht des Unglaubens. Anmerkungen zur Sowjetideologie, München 1986. – Für einen produktiven, da undogmatischen Umgang mit der Denkfigur des „historischen Orts“ vgl. hingegen Konrad Repgen, Der historische Ort des Grundgesetzes: 1648–1789 – 1949, in: Rudolf Morsey, Konrad Repgen (Hg.), Christen und Grundgesetz, Paderborn u. a. 1989, S. 11–32.

Restauration in das gelobte Land des Fortschritts markiere. Oder spiegelbildlich dazu die pessimistische Variante, die uns die fünfziger Jahre wie das Ideal einer heilen Welt mit anschließender Verfallsgeschichte vorführt.

Entgegen so vereinfachten Sichtweisen muß in Erinnerung gerufen werden, daß Periodisierungen beträchtliche methodische Schwierigkeiten aufwerfen. Denn sie liegen nicht „simpl in den Dingen“, sondern sind eine Verfahrensweise, mit der Historiker „das Material der historischen Überlieferung auswählen und organisieren“³. Jede Aussage ist dann von Fragen umstellt, z. B. diesen: Wann wird eine neue Entwicklung periodisierungserheblich – bei ihrem ersten, oft noch ganz unscheinbaren Beginn, oder nach dem Durchbruch zu voller Wirkungsmacht? Welchen Entwicklungen soll ein so hoher Stellenwert zugemessen werden, daß sie aus der Vielfalt der historischen Wirklichkeit periodisierungsbestimmend hervortreten? Hier eine Gewichtung vorzunehmen, mithin eine Hierarchie der Bedeutsamkeit aufzubauen, ist insbesondere dann schwierig, wenn man sich mit Knut Borchardt vor Augen hält, daß auch der „radikalste politisch-militärisch-wirtschaftliche Einschnitt“ nur einen „relativ kleinen Teil derjenigen Bestände“ verändert, „die zuvor in einer Gesellschaft akkumuliert worden sind. Immer wirkt das einmal Akkumulierte in die neue Zeit hinüber, wirkt Geschichte fort“⁴.

Die Auswahl der für die Periodisierung bedeutsamen Entwicklungslinien wird, sofern sie etwas über den Gesamtverlauf der Bundesrepublik besagen will, die Dimensionen der Wirtschaft und Gesellschaft, der Politik und Kultur berücksichtigen müssen. Je näher man hinsieht, um so deutlicher zeigt sich dann, daß die relevanten Entwicklungen in den verschiedenen Dimensionen in unterschiedlichem Tempo verlaufen sind, daß auch innerhalb einer Untersuchungsdimension – des sozialen Wandels etwa – die Entwicklung variabelreich geschah, wobei die einzelnen Variablen sich unterschiedlich schnell und unterschiedlich intensiv verändert haben: „Sozialer Wandel, der bestimmte Sektoren oder Regionen bereits voll ergriffen hat, ist in anderen nur schwach zu verspüren“⁵. So hat man es in der Regel mit Mischungsverhältnissen von Kontinuität und Diskontinuität zu tun. Wie bei der Auswahl der für die Periodisierung erheblichen Entwicklungsverläufe stellt sich also auch bei der Zerlegung solcher Mischungsverhältnisse die Frage nach Gewichtungskriterien, die ein zäsurbildendes Abgrenzungsverfahren ermöglichen. Die Geltung der Ergebnisse hängt dann

³ Thomas Nipperdey, 1933 und die Kontinuität der deutschen Geschichte, in: *ders.*, Nachdenken über die deutsche Geschichte, München 1986, S. 186–205, hier S. 197.

⁴ Knut Borchardt, Die Bundesrepublik in den säkularen Trends der wirtschaftlichen Entwicklung, in: *Conze, Lepsius* (Hg.), Sozialgeschichte, S. 20–45, hier S. 45. In auffälliger Parallele dazu: Jedem lebensweltlich veränderten Element „steht die ungeheure Masse aller Elemente gegenüber, die auch durch die radikalsten Alternativvorstellungen gar nicht erst über die Schwelle der Thematisierung“ gelangen. Vgl. Jürgen Habermas, Die Neue Unübersichtlichkeit, Frankfurt a. M. 1985, S. 186 f.

⁵ Hans-Peter Schwarz, Modernisierung oder Restauration? Einige Vorfragen zur künftigen Sozialgeschichtsforschung über die Ära Adenauer, in: Kurt Düwell u. a. (Hg.), Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter, Bd. 3, Wuppertal 1984, S. 278–293, hier S. 279. – Den Forschungen von Hans-Peter Schwarz, die über die steril gewordene Restaurationsdebatte der siebziger Jahre entscheidend hinausgeführt haben, ist der vorliegende Essay besonders verpflichtet. Vgl. *ders.*, Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957, Stuttgart, Wiesbaden 1981; *ders.*, Die Ära Adenauer. Epochenwechsel 1957–1963, Stuttgart, Wiesbaden 1983.

von der Tragweite ab, die sich aus der Erschließungskraft der gewählten Kriterien ergibt. Diese eröffnen Blickwinkel, die perspektivisches Erkennen um den Preis der Sichtbegrenzung ermöglichen. Angesichts der Vielfalt und Widersprüchlichkeit der Faktoren, die unablässig auf den Geschichtsprozeß einwirken, ist nun die Wahl der Gewichtungskriterien zwar nicht beliebig – dafür sorgt schon das „Vetorecht der Quellen“ (R. Koselleck) –, aber auch nie gegen Einwände immun. Das gilt auch für das Ende der Ära Adenauer, von dessen historischer Einordnung auf den folgenden Seiten die Rede sein soll.

II

Was zunächst die Außen- und Deutschlandpolitik betrifft, so hat eine einflußreiche Denkschule bis vor kurzem angenommen, das Ende der Ära Adenauer bezeichne „die endgültige Spaltung der Nation in zwei Staaten“⁶. Der Bau der Berliner Mauer habe Deutschlands Teilung auf Dauer zementiert; damals sei offenkundig geworden, daß keine Macht der Welt mehr daran dachte, die deutsche Nation vom Abstellgleis der Teilung wieder herunterzuholen. Wer das Ende der Ära Adenauer als irreversiblen Übergang zur Zweistaatlichkeit Deutschlands auffaßte, sah hier einen tiefen Einschnitt, der nicht nur die Bundesrepublikgeschichte gliedert, sondern auch in säkularer Perspektive eine Epochenzäsur darstellt. Bekanntlich haben die fundamentalen Verschiebungen unserer Gegenwart diese Sichtweise widerlegt. Bezogen auf ihre Lokalisierung in der europäischen Nachkriegsordnung spricht vieles dafür, die bundesrepublikanische Geschichte von 1949 bis 1989/90 in einem einzigen epochalen Zusammenhang zu sehen: dem des Ost-West-Konflikts mit der Integration des entzweiten Deutschlands in das geteilte Europa.

Das Ende der Ära Adenauer taugt insofern nur zur Binnengliederung der Epoche. In diesem reduzierten Rahmen ist ihm indessen eine sehr erhebliche Zäsurwirkung beizumessen. Denn die Doppelkrise um Berlin (1958/61) und Kuba (1962) bezeichnet sowohl den Höhepunkt wie auch einen Wendepunkt des Kalten Krieges. Die Herausbildung eines nuklearen Patts in der Waffentechnik der beiden Supermächte, zudem die Erfahrung, wie schnell ein ungebremster Konfrontationskurs an den Rand der Atomkriegskatastrophe führen kann: beides stiftete bei den Supermächten ein Stück Interessengemeinsamkeit. Nämlich das Interesse, Elemente der Konfliktsteuerung, der Rüstungskontrolle, der Entspannung in die wechselseitigen Beziehungen einzubauen. Diese Wende zur Détente – noch von Eisenhower eingeleitet, von Kennedy beschleunigt – basierte auf der wechselseitigen Anerkennung des *status quo*. Sie nahm die deutsche Frage aus der Dynamik des Ost-West-Konflikts heraus und stufte sie zu einem „Sonderkonflikt“ der Bundesrepublik mit dem Sowjetimperium herab⁷.

⁶ Christoph *Kleßmann*, *Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970*, Göttingen 1988, S. 469; ähnlich z. B. Wilfried *Loth*, *Ost-West-Konflikt und deutsche Frage*, München 1989; Joseph *Foschepoth* (Hg.), *Adenauer und die Deutsche Frage*, Göttingen 1988.

⁷ Richard *Löwenthal*, *Vom Kalten Krieg zur Ostpolitik*, in: *ders.*, Hans-Peter *Schwarz* (Hg.), *Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz*, Stuttgart 1974, S. 604–699.

Zugleich übte der Wandel des internationalen Umfelds einen starken Anpassungsdruck auf die westdeutsche Politik aus. Denn im Zuge der Entspannungspolitik wirkten die *querelles allemandes* nicht zuletzt in amerikanischen Augen wie lästige Störfaktoren bei der Regulierung weit wichtigerer Fragen im Verhältnis zwischen Ost und West. Auch Konrad Adenauer hat in seinen späten Kanzlerjahren mit beträchtlicher Flexibilität über mancherlei Alternativen und Konzessionen im Hinblick auf „Art, Umfang und Grenzen einer befristeten Hinnahme des status quo in Deutschland“ nachgedacht⁸. Vielleicht kann man diese Phase des Nachdenkens über Anpassungsreaktionen – z. B. „Globke-Plan“ (1959), Bahrs Konzeption des „Wandels durch Annäherung“ (1963), Schollwers Konzept der Verklammerung (1962/64) – als eine Schwelle bezeichnen, mit deren Überschreiten die deutschlandpolitische Maximalposition der Gründerjahre verlassen und der Weg zur Minimalposition der 1969 eingeleiteten „neuen Ostpolitik“ freigegeben wurde. Dies war keine bruchlose Entwicklung. Denn Adenauers Überlegungen hielten sich in den Grenzen eines konditionalen Rahmens, den die Vordenker der sozialliberalen Koalition eher aufgesprengt als ausgedehnt haben. Insbesondere hat Adenauer die Frage einer völkerrechtlichen Aufwertung der DDR immer an die Voraussetzung einer humanitären Änderung ihrer inneren Zustände knüpfen wollen – als Prämisse, nicht als erhoffte Folge (Bahr und Schollwer), und schon gar nicht ging es ihm um ein bloßes Management der deutschen Teilung.

III

Mit Blick auf die inneren Verhältnisse der Bundesrepublik läßt die zweite Nachkriegsdekade (1955–1965) sich als eine Gelenkzeit verstehen, in der auf der einen Seite die Problemfassung der Gründerjahre in Konsolidierungsprozessen ausgelaufen ist, während sich andererseits ein Veränderungspotential aufbaute, das dann am Ende der sechziger Jahre dramatisch in den Vordergrund rückte. Der Schnittpunkt zwischen der absteigenden Linie der Problemfassung der Gründerjahre und der aufsteigenden Linie der Herausbildung einer neuen Konstellation liegt – wiederum – ziemlich genau in den letzten Regierungsjahren Adenauers.

Um diese summarische These etwas näher zu erläutern, sollen die Gründerjahre der Bundesrepublik zunächst unter dem Aspekt einer Gründungskrise gekennzeichnet werden⁹. Unter dem Eindruck der schnellen Stabilisierungserfolge wird leicht vergessen, auf wie zerbrechlicher Grundlage der neue Staat begann. Um die vordringlich auf den Nägeln brennenden Massennotstände in Erinnerung zu rufen, genügen einige Stichworte: über neun Millionen deklassierte und pauperisierte Vertriebene und Flüchtlinge (mithin knapp zwanzig Prozent der westdeutschen Bevölkerung 1950), vier Millionen Menschen, die der Krieg als Invalide, Witwen oder Waisen hinterlassen hatte, drei bis vier Millionen einheimische Kriegssachgeschädigte (einschließlich der Familienangehörigen stieg die Zahl auf acht Millionen), ein bis zwei Millionen Anschluß ans

⁸ Rudolf Morsey, Die Deutschlandpolitik Adenauers. Alte Thesen und neue Fakten, Opladen 1991, S. 43.

⁹ Hans Günter Hockerts, Integration der Gesellschaft: Gründungskrise und Sozialpolitik in der frühen Bundesrepublik, in: Zeitschrift für Sozialreform 32 (1986) S. 25–41.

Zivilleben suchende, oft gesundheitlich zermürbte Spätheimkehrer, Evakuierte mit Rückführungs- und Starthilfebedarf, und nicht zuletzt: ein katastrophales Wohnungsdefizit. Je tiefer die Sozialgeschichtsschreibung in die Gründerjahre eindringt, um so mehr Spannungslinien werden erkennbar – wie die Verelendung der Sozialrentner, eine um 1950 aufwallende Krisenstimmung in agrarischen Regionen, auch Anzeichen einer beginnenden Panik im Mittelstand.

So zeigte dann auch das westdeutsche Parteiensystem um 1950 die Tendenz, sich in eine Vielzahl von Regional- und Protestparteien zu zersplittern. Politische Polarisierung in wichtigen Grundfragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung kennzeichnete das Verhältnis zwischen der Regierungskoalition und einem sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Oppositionsblock. Auch in anderen Fragen, insbesondere in der Rang- und Reihenfolge der Ziele „Westintegration“ und „Wiedervereinigung“, sowie im Streit um die Wiederbewaffnung herrschte Konfrontation. Beim Verfassungskonflikt über die Westverträge 1952/53 wurde offenkundig, daß die wichtigsten Institutionen des neuen Staates – die Verfassungsorgane – noch kein gesichertes Verhältnis wechselseitiger Abgrenzung und Zuordnung gefunden hatten, sondern im Medium dieses Rechtsstreits heftige Status- und Kompetenzkonflikte austragen.

Diese hier unter dem Aspekt einer Gründungskrise ausgewählte Problemfassung lief in der zweiten Dekade aus. Insofern präsentiert sich diese als eine Erfolgs- und Stabilisierungsgeschichte: Zentrale Weichenstellungen der Gründerjahre gewannen Dauer, wurden mit rapide wachsendem Bevölkerungskonsens beglaubigt, Grundsatzalternativen hatten am „Ende der Nachkriegszeit“, das Ludwig Erhard 1963 und noch dezidierter 1965 proklamierte, ihre Durchsetzungschance verloren. Die sozialen Sprengsätze waren nicht spurlos verschwunden, aber überraschend schnell entschärft. Ja, man kann sogar sagen, daß der gesellschaftliche Konsensus, das einvernehmliche *juste milieu*, nie zuvor und nie wieder seither in der Geschichte der Bundesrepublik so groß gewesen ist wie am Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre.

Konfliktverminderung und Konsensverbreiterung: Diese Hauptlinie der fünfziger Jahre ließe sich auf vielen Feldern zeigen. So bewegten sich zum Beispiel die Gewerkschaften von den sozialistischen Positionen des DGB-Gründungskongresses 1949 zum sozialpartnerschaftlich akzentuierten Modell des Grundsatzprogramms von 1963. Noch tiefer griff der Wandel des Parteiensystems. War es um 1950 von Polarisierungs- und Zersplitterungstendenz gekennzeichnet, so führte 1957 eine außerordentliche Konzentration der Wählerstimmen zu einem Triumph der Partei Konrad Adenauers und Ludwig Erhards. Das war das erste und bisher einzige Mal in der deutschen Geschichte, daß eine Partei (faßt man CDU und CSU zusammen) in Reichstags- oder Bundestagswahlen die absolute Mehrheit der Wählerstimmen erhalten hat. Und mehr noch: auch die größte Oppositionspartei hielt es nun nicht mehr für realistisch und wählerwirksam, für Grundsatzalternativen zu werben, sondern suchte eine „Politik der Gemeinsamkeit“. Zu den Wahlkampfparolen der SPD gehörte 1961: „Nicht anders, aber besser“.

Selbstverständlich muß man im rapiden Wirtschaftswachstum eine entscheidende Bedingung für die Integrationsdynamik der fünfziger Jahre sehen. Dieses Wachstum habe den „Wohlstand der Individuen“ gemehrt, „soziale Verteilungskämpfe entspannt“ und „das politische System der Bundesrepublik stabilisiert“,

so faßt W. Abelshäuser eine *communis opinio* zusammen¹⁰. Unter dem Gesichtspunkt der Periodisierung läßt sich dabei das zweite Nachkriegsjahrzehnt als die Zeit des eigentlichen Durchbruchs zum Massenkonsum hervorheben. Das gilt sowohl für die schnelle Ausbreitung von Schlüsselgütern der neuen Konsumstandards – Automobil, Fernsehen, Technisierung der Haushalte durch Kühlschrank, Waschmaschine usw. – als auch für die prozessuale Verknüpfung einzelner Entwicklungen, die auf dem Wege der Interdependenz die sozialökonomische Dynamik steigerten und eine außerordentliche Breiten- und Tiefenwirkung entfalteten. So förderte der Wunsch, die neuen Konsumstandards finanzieren zu können, eine steil ansteigende Erwerbsquote verheirateter Frauen, was wiederum zu einer Reihe von Änderungen im Alltagsverhalten der betroffenen Familien führte. Massenmotorisierung und industriewirtschaftliche Expansion trieben ab Mitte der fünfziger Jahre den von den Zeithistorikern bisher wenig beachteten Vorgang der Suburbanisierung voran, also das Sich-Hineinfressen der Städte, ihrer Wohnvororte und ihrer Gewerbebezonen in den ländlichen Raum, was die Lebensverhältnisse vielfach veränderte¹¹. Nicht zuletzt hat die intensivierte Stadt-Land-Verflechtung die rapide Abwanderung von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft und den Bedeutungsverlust dieses traditionellen Wirtschaftssektors beschleunigt.

Komplexe Prozesse entziehen sich der einfachen Datierung. Aber es fällt doch auf, daß unter „technik-, alltags- und umweltgeschichtlichen Aspekten immer wieder eine Große Wende irgendwo in den späten 50er Jahren oder kurz danach“ zu finden ist¹². In einem von Arnold Sywottek geleiteten Forschungsprojekt zur Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik in den 1950er Jahren zeichnet sich 1957/58 als Scheitelpunkt ab: „Bis dahin kann für breite Bevölkerungskreise wohl noch von einer Wiedergewinnung des Lebenszuschnitts gesprochen werden, der ihnen geläufig war“¹³; wie die Öffnung einer Schleuse erfaßte und verwandelte sodann aber die ökonomisch-technische Modernisierung die Lebensbedingungen immer weiterer Kreise. Ein ergänzender Blick in die Begriffsgeschichte zeigt, daß „Wohlstand“ damals zur Zentralerfahrung, zumindest aber zur Zentralerwartung der Gesellschaft aufstieg. „Wohlstand für alle“ verhiess Ludwig Erhards bekanntes Buch (1957); auch das Godesberger Programm der SPD (1959) versprach, den „allgemeinen Wohlstand“ zu erhöhen. Es gibt zu denken, daß ebenfalls das 1958 in der DDR mit großem Propagandaaufwand eingeleitete Chemieprogramm dieses Wort mit der Parole aufgriff: „Chemie gibt Brot, Wohlstand und Schönheit“. Die begriffliche Konvergenz mag ein Indiz für

¹⁰ Werner Abelshäuser, *Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980*, Frankfurt a. M. 1983, S. 85.

¹¹ Als Problemskizze nach wie vor höchst instruktiv: Friedrich H. Tenbruck, Raumordnung, in: *Zeitschrift für Politik* 13 (1966) S. 113–144.

¹² Joachim Radkau, Die 50er Jahre als weißer Fleck in der deutschen Technikgeschichte, in: Arnold Sywottek, Axel Schildt (Hg.), „Wiederaufbau“ oder „Modernisierung“ – die westdeutsche Gesellschaft der fünfziger Jahre (im Druck); *ders.*, *Technik in Deutschland. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Frankfurt a. M. 1989.

¹³ Axel Schildt, Arnold Sywottek, Die Ära Adenauer: Aspekte ihrer sozialkulturellen Entwicklung – eine Skizze, in: *The Germanic Review* 63 (1988) S. 162–171, hier S. 169. Als Zwischenbericht über das Forschungsvorhaben vgl. auch Axel Schildt, Arnold Sywottek, „Wiederaufbau“ und „Modernisierung“. Zur westdeutschen Gesellschaftsgeschichte in den fünfziger Jahren, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 6–7/89 (1989) S. 18–32.

jenen Maßstabswechsel in der DDR-Bevölkerung sein, den Jörg Roesler auf andere Weise herausgearbeitet hat: Während in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre noch die Vorkriegszeit Bezugspunkt war („Friedensware“), avancierte in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre das Konsumniveau der Bundesrepublik („Westware“) zum Maßstab des Erstrebenswerten¹⁴.

Im ganzen wird man sagen können, daß die im zweiten Nachkriegsjahrzehnt zu beobachtende Transformation einer Mangelgesellschaft in das Zeitalter des Massenkonsums nicht nur die westdeutsche Nachkriegsgeschichte gliedert, sondern auch in säkularer Perspektive einen sozialgeschichtlichen Konstellationswechsel bezeichnet, insbesondere im Hinblick auf den fundamentalen Vorgang der Entproletarisierung des Arbeiterlebens¹⁵. Die Transformation betraf auch nicht allein die *westdeutsche* Nachkriegsgeschichte, sondern war aufs engste mit jener europäisch-atlantischen Prosperität verbunden, die wiederum einen Teil des vielschichtigen Gesamtvorgangs der politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Verflechtung des Westens bildete. Dieser internationale Zusammenhang kann hier nur erwähnt, aber nicht erörtert werden; er tritt vielmehr hinter der in periodisierender Absicht gewählten deutschen Binnenperspektive zurück.

Wenn vom stürmischen Wirtschaftswachstum als einem der großen Integrationsfaktoren der Bundesrepublik die Rede ist, dann sollte freilich nicht vernachlässigt werden, was sich bei der Analyse anderer Geschichtsepochen als gesicherte Erkenntnis herausgestellt hat: „Es ist eine gefährliche Irrlehre, daß rasches wirtschaftliches Wachstum soziale und politische Stabilität erzeuge“¹⁶. Wirtschaftswachstum kann auch desintegrierend wirken – z. B. dann, wenn die Begünstigungseffekte einseitig verteilt bleiben. Das lenkt den Blick auf die spezifische Bedeutung neuer politischer Elemente in den Sozialverträgen der fünfziger Jahre: Der Übergang zum Konzept der produktivitätsorientierten Lohnpolitik und die Aufnahme der Dynamik des Wirtschaftsgeschehens in das Recht derer, die nicht mehr im Erwerbsprozeß stehen (dynamische Rente 1957; bessere Einkommenssicherung der Arbeiter im Krankheitsfall 1957–61), beugten einer zu starken Disproportion der Einkommenszuwächse vor. Die Wachstumsblockierung der Zwischenkriegszeit war einer These von Burkart Lutz zufolge nicht zuletzt ein Ausdruck der Unfähigkeit, „die Widersprüche zu beherrschen, die sich aus der ökonomischen Doppelnatur des Lohns als Kostenfaktor und als Nachfragefaktor ergeben“; es seien keine stabilen Modi gefunden worden, um die kostenbezogenen einzelwirtschaftlichen Interessen mit nachfragebezogenen gesamtwirtschaftlichen Interessen in Einklang zu bringen. Wenn dies richtig beobachtet ist und demgegenüber die „Neutralisierung des Lohngesetzes“ als „politische Leistung der europäischen Nachkriegszeit“ hervorsticht, so ist die Stabilisierung der Bundesrepublik im Verlaufe der fünfziger Jahre auch insofern nicht nur ökonomischen, sondern auch politischen Faktoren zuzurechnen¹⁷.

¹⁴ Jörg Roesler, Privater Konsum in der DDR 1950–1960, in: *Sywottek, Schildt* (Anm. 12).

¹⁵ Josef Mooser, Arbeiterleben in Deutschland 1900–1970, Frankfurt a. M. 1984.

¹⁶ Hans-Ulrich Wehler, *Aus der Geschichte lernen? Essays*, München 1988, S. 258.

¹⁷ Burkart Lutz, *Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts*, Frankfurt a. M., New York 1984, S. 196 f.

IV

Eine Zwischenbilanz kann aus verändertem Blickwinkel zeigen, wie groß der Entwicklungsabstand war, der die Republik um 1960 vom bedrohten Beginn der Gründerjahre distanzierte. Was war aus den drei zentralen Vorwürfen geworden, die sich anfangs gegen die Legitimität dieses Staates erhoben hatten?

Das war erstens der Vorwurf der Fremdbestimmung durch die Siegermächte. Dieser Vorwurf war mit der Überwindung des Besatzungsstatuts und dem schnellen Aufstieg zur zweitstärksten Welthandelsmacht weitgehend zerschmolzen. Mit Blick auf zwei der Siegermächte – Frankreich und Großbritannien – kann vielmehr von einem Ausgleich der Stärkeverhältnisse die Rede sein: Während Westdeutschland an wirtschaftlicher, auch militärischer Stärke gewann, büßten erst Frankreich, dann Großbritannien in einem „schmerzhaften Schrumpfungsprozeß“ ihren Status als Großmächte mit Überseeimperien ein¹⁸.

Das war zweitens der Vorwurf der nationalen Teilung. Da steckte nach wie vor ein Stachel, aber bei den meisten Deutschen überwog längst die heimliche Freude darüber, daß man auf der richtigen Seite des Eisernen Vorhangs gelandet sei, das bessere Los gezogen habe als die Deutschen/Ost. Die Bezugnahme auf die DDR als „negative Vergleichsgesellschaft“ wirkte für die Bundesrepublik affirmativ und stabilisierend¹⁹.

Das war drittens der Vorwurf der kapitalistischen Restauration. Dieses Verdikt war bis tief in die Reihen der Arbeiterschaft hinein uninteressant geworden dank der wirtschafts- und sozialpolitisch vermittelten Wohlstandsperspektive.

V

Jetzt gilt es, gegenläufige Entwicklungen ins Bild zu bringen, um zu erfassen, daß in Adenauers letzten Kanzlerjahren die Integrationsdynamik der fünfziger Jahre schwächer wurde, zum Teil geradezu leerzulaufen begann. Stattdessen zeichneten sich im Übergang zu den sechziger Jahren auf vielen Gebieten neue Herausforderungen, auch tiefgreifende Beunruhigungen und Unsicherheiten ab. Vier Leitaspekte können geeignet sein, das Untersuchungsfeld zu strukturieren.

Den ersten Aspekt könnte man *Neufindung politischer Themen* nennen. An der Schwelle zu den sechziger Jahren stießen die politischen Akteure auf Themen, die im Aufbauboom der fünfziger Jahre weit hinten rangiert hatten. Es handelte sich um Bildungschancen und Gesundheitswesen, um die Förderung von Forschung und Spitzentechnologie, um Verkehrs- und Umweltbedingungen, um Städtebau und Raumordnung, auch um den Ausbau des konjunkturpolitischen Instrumentariums. Ein gemeinsames Merkmal der neuen Themen lag in steigenden Leistungsanforderungen an den Staat. Denn es waren hier Regelungs- und Steuerungsprobleme entstanden oder zu erwarten, die der Marktwettbewerb nicht lösen konnte, die vielmehr „Sozialinvestitionen“, „Strukturpolitik“ und „Gesellschaftspolitik“ – wie die neuen Reizworte hießen – erforderlich machten. Damit stieg grundsätzlich auch der Bedarf an „planvoller Vorausschau“ im

¹⁸ Hans-Peter Schwarz, *Epochenwechsel*, S. 337.

¹⁹ M. Rainer Lepsius, *Die Teilung Deutschlands und die deutsche Nation*, in: Lothar Albertin, Werner Link (Hg.), *Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland*, Düsseldorf 1981, S. 417–449, hier S. 436.

öffentlichen Sektor, wie Ludwig Erhard (den Übergang von einer antiquierten Haushaltspraxis zur mittelfristigen Finanzplanung anmahmend) 1963 hervorhob²⁰. Auch wer sich wie er von der nun rasch grassierenden Planungseuphorie so weit wie nur möglich fernhielt, konnte nicht bestreiten, daß die wachsende Komplexität der Verhältnisse ein höheres Niveau staatlicher Interventionsfähigkeit herausforderte.

Das gesteigerte Interesse an der steuernden und gestaltenden Hand des Staates ergab sich aus unterschiedlichen Richtungen. Wer primär von der ‚Wirtschaft‘ her dachte, verwies auf die Notwendigkeit, eine die internationale Konkurrenzfähigkeit sichernde und das Wirtschaftswachstum auf einer höheren wissenschaftlich-technischen Entwicklungsstufe tragende Infrastruktur auf- und auszubauen; zugleich müsse die wirtschaftspolitische Steuerungsfähigkeit sowohl gegenüber konjunkturellen Schwankungen wie auch im Hinblick auf sektorale und regionale Ungleichgewichte verbessert werden. Wer von der ‚Gesellschaft‘ her argumentierte, betonte die zunehmende Bedeutung öffentlich bereitgestellter Güter und Dienstleistungen für die Lebenschancen der Bürger.

Die Prioritätsverschiebung politischer Themen war zum Teil von unmittelbarem Problemdruck erzwungen. So drohte schon im Verlaufe der fünfziger Jahre der Autoverkehr an sich selbst zu ersticken, weil der Straßenbau hinter dem Autoboom weit zurückblieb. Daher initiierte der Bundestag 1961 eine Enquête-Kommission zur Verbesserung der kommunalen Verkehrsverhältnisse. Den umfangreichen Abschlußbericht erhielt die Bundesregierung 1964 – mit zahlreichen Empfehlungen und einem warnenden Kapitel über die Gefahren von Verkehrslärm und Luftverschmutzung²¹. Wie das Beispiel der Automobilisierung – einer der größten Wachstumsindustrien im Wirtschaftswunder – andeutet, trat neben der *problemlösenden*, soziale Sprengsätze der Gründungskrise entschärfenden Seite des Wirtschaftswachstums nun ihre *problemerzeugende* Dimension stärker hervor. Das erweiterte den Rahmen, innerhalb dessen die öffentlichen Angelegenheiten politisch aufgreifbar, alternativfähig und strittig wurden.

Natürlich wäre der Eindruck falsch, als sei in den fünfziger Jahren nichts von alledem bemerkt oder getan worden. So ist z. B. die Entstehungsphase der ersten außeruniversitären Großforschungszentren auf die Jahre 1956–60 zu datieren²². Gleichwohl griff die Erkenntnis, daß es so wie bisher nicht weitergehen könne, in innere Zirkel des Regierungslagers hinein. „Generell kann festgestellt werden, daß die öffentlichen Leistungen dem, was produktionsmäßig erreicht wurde,

²⁰ In seiner Regierungserklärung vom 18. Oktober 1963. Vgl. Klaus von Beyme (Hg.), Die großen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schmidt, München, Wien 1979, S. 184. Zur Regierung Erhard grundlegend: Klaus Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969, Stuttgart, Wiesbaden 1984.

²¹ Die kommunalen Verkehrsprobleme in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Sachverständigenbericht und die Stellungnahme der Bundesregierung, hg. von Josef Walter Hollatz und Friedrich Tamms, Essen 1965. Für die erweiterte Themen- und verdichtete Planungslandschaft ist die Einrichtung von Räten und die Vorlage umfassender Berichte symptomatisch: z. B. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (1963), Bundesgesundheitsrat (1963), Deutscher Bildungsrat (1965), erster Bundesbericht Forschung (1965), erster Bundesbericht über die Lage der Familie (1965), Bericht der Sozialenquête-Kommission der Bundesregierung (1966).

²² Margit Szöllösi-Janze, Helmuth Trischler (Hg.), Großforschung in Deutschland, Frankfurt a. M., New York 1990, S. 14.

nicht zu folgen vermochten“, hielt z.B. Ludwig Erhards Staatssekretär Alfred Müller-Armack – der Erfinder des Begriffs „Soziale Marktwirtschaft“ und einer der wichtigsten neoliberalen Theoretiker – 1960 fest²³. Zugleich gab er die Parole aus, es müsse eine zweite, eine „gesellschaftspolitische“ Phase der Sozialen Marktwirtschaft beginnen. Damit verband er eine Programmschrift, die ganz im Sinne jener Ausweitung der politischen Themenskala die soziale, wirtschaftliche und räumliche „Umwelt“ umfassender und systematischer zu sehen lehrte und weitreichende politische Gestaltungsaufgaben – einschließlich der damals zumeist noch als *quantité négligeable* behandelten „Reinhaltung der Luft und des Wassers“ – ableitete. Das war ein weit vorausblickender Versuch, die Unionsparteien zum Wortführer einer neuen Bewegungs- und Gestaltungsphase der deutschen Politik zu machen.

Die CDU/CSU-geführte Bundesregierung begann in den frühen sechziger Jahren durch veränderte Politikkonzepte und -instrumente (Bildungspolitik, Technologiepolitik, Vorbereitung des Stabilitätsgesetzes) auf die neuen Herausforderungen zu reagieren, geriet aber zunehmend in die Defensive und unter den Druck des Immobilismus-Vorwurfs. Es war vielmehr die regierungskritische Intelligenz, die die neuen Themen besetzte – Picht: Die deutsche Bildungskatastrophe (1964), Mitscherlich: Die Unwirtlichkeit unserer Städte (1965), um nur zwei aufsehenerregende Beispiele zu nennen. Vom technischen Fortschritt fasziniert, fühlte ein Teil der kritischen Intellektuellen sich insbesondere von der Sorge umgetrieben, die Bundesrepublik könne in der Technologie den Anschluß verlieren, wobei die Atomkraft zum „Lieblingskind vieler Modernisierer“ avancierte²⁴. Zugleich half die neue Priorität politischer Themen der sozialdemokratischen Opposition aus dem Schatten heraus. Denn während im Regierungslager die bange Frage umlief: „Kennt ihr überhaupt die Fragen von morgen, und, wenn ja, wie sind eure Antworten?“²⁵, empfahl sich die Sozialdemokratie als Modernisierungspartei und auf dem „Sektor Gesellschaftspolitik als führende und progressive Kraft“²⁶.

Der zweite Aspekt betrifft das *Ende der Kanzlerdemokratie* als eines für die fünfziger Jahre spezifischen, mithin nicht auf Dauer stellbaren Regierungsstils. Das für die Stabilisierung der Republik so wichtige Kanzlerregime des Rhöndorfer Patriarchen beruhte ja nicht nur auf verfassungsrechtlichen Vorkehrungen, sondern auch auf einer Reihe weiterer Grundlagen, die eng mit der Sondersituation der Gründer- und Aufbaujahre verbunden und so vergänglich waren wie diese. Das betraf zunächst die außerordentliche Machtfülle, die sich dem Kanzler

²³ Die zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft. Ihre Ergänzung durch das Leitbild einer neuen Gesellschaftspolitik (1960), in: Alfred Müller-Armack, Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration, Bern, Stuttgart 1976, S. 267–291, hier S. 287.

²⁴ Joachim Radkau, Die 50er Jahre, wo als symptomatisch in Erinnerung gerufen wird, daß Ernst Bloch (1959) das westliche „Zaudern“ bei der zivilen Kernkraft als Ausfluß einer „spätbürgerlichen Drosselung der Technik“ bezeichnet hat.

²⁵ Aus einer auf Adenauers Veranlassung von Rainer Barzel 1962 verfaßten Programmdenkschrift, zitiert nach Arnulf Baring, Manfred Görtemaker, Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, Stuttgart 1982, S. 79. Vgl. auch Dorothee Buchhaas, Die Volkspartei. Programmatische Entwicklung der CDU 1950–1973, Düsseldorf 1981.

²⁶ Kurt Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965, Berlin, Bonn 1982, S. 507.

im Zuge der Staatsgründung bei grundlegenden Personal- und Organisationsentscheidungen öffnete. Weiterhin nutzte Konrad Adenauer zielbewußt die Chance, den Zugang zu den alliierten Herren des bis 1955 geltenden Besatzungsstatuts zu monopolisieren. Hinzu kam eine gesellschaftliche Befindlichkeit, in der die Tendenz zur „Privatisierung des Daseins“ vorherrschte²⁷ und die traditionelle, durch Kriegs- und Nachkriegswirren verstärkte „Sehnsucht vieler Deutscher nach entrückter, selbstverständlicher Obrigkeit“ in vielen Köpfen und Gewohnheiten fortwirkte²⁸. An der Schwelle von den fünfziger zu den sechziger Jahren gelangte die Kanzlerdemokratie in ihrer „charakteristischen Doppelgestalt als Regierungsstil und als gesellschaftliche Befindlichkeit“ an ein Ende²⁹.

Was den Regierungsstil betrifft, so verschoben sich die Gewichte in Adenauers letzten Kanzlerjahren in mehrfacher Hinsicht: zugunsten des Kollegialprinzips im Kabinett, in Richtung der Funktionszwänge einer Koalitionsdemokratie und in den Gravitationsbereich eines steigenden Selbstbewußtseins der Machteliten in den Institutionen, besonders auch in den Parlamenten. In einer „zusehends polyzentrischer werdenden Konfiguration der westdeutschen Innenpolitik“ verfiel die Autorität des Gründungskanzlers³⁰. Die wichtigsten Etappen sind rasch in Erinnerung gerufen: Präsidentschaftskrise 1959, Niederlage im Fernsehstreit 1961, Bau der Mauer 1961 mit Stimmenrückgang der CDU bei der anschließenden Bundestagswahl, die mit der Zusage eines vorzeitigen Rücktritts verbundene Regierungsbildung 1961, Spiegel-Affaire 1962, die Adenauers Intentionen durchkreuzende Präambel zum Deutsch-Französischen Vertrag 1963. Weniger bekannt, aber sehr symptomatisch ist das Schicksal der in Adenauers Spätphase scheiternden Krankenversicherungsreform. Um den (1959 vom Kabinett einstimmig verabschiedeten) Regierungsentwurf zu Fall zu bringen, suchten Ärztevertreter inmitten der parlamentarischen Verhandlungen im August 1960 das Direktgespräch mit dem Regierungschef. Die gouvernementale Spitze der Kanzlerdemokratie erwies sich dann als stark genug, um den umstrittenen Entwurf vom Tisch zu bringen, aber die Führungskraft reichte nur noch negativ zur Problemverschiebung, nicht mehr positiv zur Problemlösung: Eine Reform des Gesundheitswesens durch den Widerstreit robuster Interessen zu navigieren, mißlang ihm (anders als das große Rentenreformwerk 1957) auf der ganzen Linie³¹.

Soweit die Kanzlerdemokratie der Ausdruck einer gesellschaftlichen Befindlichkeit war, führt ihr Wandel zu einem dritten Aspekt, den man *Umstellung der politischen Kultur* nennen könnte. Karl Dietrich Bracher hat Adenauers Kanzlerschaft eine „Brücke von der obrigkeitstaatlichen Tradition Deutschlands zur pluralistischen Demokratie“ genannt³². Die Überquerung der Brücke, so könnte

²⁷ Friedrich H. Tenbruck, Alltagsnormen und Lebensgefühle in der Bundesrepublik, in: Löwenthal, Schwarz (Hg.), Die zweite Republik, S. 289–310.

²⁸ Karl Dietrich Bracher, Die zweite Demokratie – Emanzipation von Gestern, in: Claus Grossner u. a. (Hg.), Das 198. Jahrzehnt, München 1972, S. 195–215, hier S. 210.

²⁹ Anselm Doering-Manteuffel, Strukturmerkmale der Kanzlerdemokratie, in: Der Staat 30 (1991) (im Druck).

³⁰ Hans-Peter Schwarz, Epochenwechsel, S. 357.

³¹ Bernd Rosewitz, Douglas Webber, Reformversuche und Reformblockaden im deutschen Gesundheitswesen, Frankfurt a. M., New York 1990.

³² Karl Dietrich Bracher, Orientierungsprobleme freiheitlicher Demokratie in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 1–2/89 (1989) S. 3–14, hier S. 5. Zum Begriff

man hinzufügen, nahm mit der Wende zu den sechziger Jahren an Tempo so deutlich zu, daß die Republik nun rasch in eine veränderte Zone des politischen Klimas geriet. Was da heraufzog, ist demoskopisch als „gereizte Spannung, fiebriges, auf Veränderung drängendes Meinungsklima“ bezeichnet worden³³. Wichtiger Bewegungsfaktor war die „kulturtragende Intelligenz“ (F. Tenbruck): Publizisten, Schriftsteller, Wissenschaftler erhoben heftiger und häufiger als zuvor Anspruch darauf, daß ihr kritisches und forderndes Wort gehört werde, das darauf zielte, die öffentlichen Angelegenheiten den Autoritätsstrukturen der Kanzlerdemokratie zu entreißen.

Zu den großen Debatten, die die Bildungsschicht aufwühlten und eine gemeinsame Komponente in Traditions- und Autoritätskritik besaßen, gehörte die Fischer-Kontroverse über die deutsche Schuld am Ersten Weltkrieg (1961) und der Streit um Hochhuths Theaterstück „Der Stellvertreter“ (1963), in dem Papst Pius XII. (dem der „Spiegel“ im Todesjahr 1958 noch eine vergleichsweise ehrerbietige Titelgeschichte gewidmet hatte) unter provokativ scharfe Anklage gestellt wurde. Etwa zeitgleich brachte die Spiegel-Affaire (1962) eine in den Medien und Universitäten vehement geführte Demokratie-Diskussion in Gang. Man wird – neben anderem – auch die um 1960 ruckartig gesteigerte Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit als ein Umstellungszeichen der politischen Kultur sehen müssen. Denn im Zentrum dieser Auseinandersetzung lauert immer auch eine politische Orientierungsfrage: Sind konservative staats- und gesellschaftsbezogene Wertordnungen vom Nationalsozialismus mißbraucht worden und bei veränderten Randbedingungen also wieder tragfähig? Oder haben sie die Durchsetzung des Nationalsozialismus in einer die eigene Widerlegung beweisenden Weise ermöglicht? In den fünfziger Jahren herrschte der Mißbrauchstopos vor, seit der Wende zu den sechzigern gewann Traditionskritik im Gewande der NS-Kritik stark an Boden.

Wollte man den Ursachen der wachsenden Anziehungskraft intellektueller „Anstiftung zum Unfrieden“³⁴ im einzelnen nachgehen, so ergäbe sich eine Verknüpfung mit dem, was oben als Übergang zu einer Politik der Détente im Ost-West-Konflikt hervorgehoben wurde. Denn die Druckglocke des Kalten Krieges hatte auf die Bundesrepublik in einer Weise festigend gewirkt, die auch illiberale Verformungen begünstigte. Denn Opposition war schnell unter Kommunismusverdacht gestellt, der innere Gegner leicht mit dem äußeren Feind in Verbindung gebracht. Da innen- und außenpolitische Konfrontationsmuster in der Zeit der Blockbildung eng miteinander verknüpft waren, wirkte die Détente sich in beiden Richtungen aus. Vor raschen kausalen Zuordnungen sei aber gewarnt. Wie weit die Verzweigung des Ursachengeflechts führen kann, läßt sich beispielhaft

der politischen Kultur vgl. Karl *Rohe*, Politische Kultur und ihre Analyse, in: *Historische Zeitschrift* 250 (1990) S. 321–346.

³³ Elisabeth *Noelle-Neumann*, Die Verklärung. Adenauer und die öffentliche Meinung 1949 bis 1976, in: Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers. Bd. 2, Beiträge der Wissenschaft, hg. von Dieter *Blumenwitz* u. a., Stuttgart 1976, S. 523–554, hier S. 527 (Zitat mit Kasus-Änderung). Daß es nicht erst die 68er waren, die Bewegung in die Bundesrepublik brachten, und die „zweite formative Periode“ nicht erst mit der Großen Koalition begann, zeigt auch Hermann *Rudolph*, Die Herausforderung der Politik. Innenansichten der Bundesrepublik, Stuttgart 1985, S. 139 ff.

³⁴ Alexander *Mitscherlich*, Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden, Frankfurt a. M. 1965.

auf dem Spannungsfeld von Wissenschaft und Kultur zeigen. Studien über die Entwicklung der Geisteswissenschaften haben Kontinuität und Konsolidierung als gemeinsame Signatur einer bis in die frühen sechziger Jahre hineinreichenden Phase ergeben, während das traditionelle Selbstverständnis der meisten geisteswissenschaftlichen Fächer dann doppelt erschüttert wurde: durch eine Theoretisierung der Methoden und die Erkenntnis, daß geistige Prozesse stets auch gesellschaftliche sind³⁵. So brach Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre auch jene Naturrechtsrenaissance wieder ab, die sich als zeitlose Quelle allgemein menschlicher Orientierungen verstanden hatte. Es begann die sozialwissenschaftliche Transformation der Geisteswissenschaften. Sie traf mit der oben erwähnten Ausdehnung gesellschaftspolitischer Themenfelder zusammen und beeinflusste darüber hinaus den Stil der politischen Kultur.

Bisher war vom Bewegungsfaktor der kulturtragenden Intelligenz die Rede. Indessen setzte mit Beginn der sechziger Jahre auch in breiteren Schichten der Bevölkerung eine „silent revolution“ ein – ein Wertwandel, der seither die Alltagsnormen und Lebensgefühle so tiefgreifend verändert hat. Wenn man mit Helmut Klages versucht, diesen Wandel auf ein einziges Paar gegensätzlicher Begriffe zu bringen, so kann man sagen: Die Pflicht- und Akzeptanzwerte (in dem Sinn, daß gesellschaftlich vorgeformte Normen bzw. autoritativ geltend gemachte Forderungen akzeptiert werden) wurden rückläufig, während Selbstentfaltungswerte (in mehr oder minder anspruchsvollen Formen) an Boden gewannen³⁶. Zweifellos hängt dies zentral mit dem Übergang von der Knappheits- zur Wachstumsgesellschaft zusammen. Wenn es richtig ist, daß Gesellschaften mit begrenzten Ressourcen sich normative Regeln schaffen, die „jenen Ansprüchen entgegengehalten werden“, die „auf dem gegebenen Stand der ökonomischen Entwicklung nicht zu befriedigen“ sind³⁷, dann förderte die Wachstumsgesellschaft nunmehr Modernität im Sinne von Bindungsverlust und Optionsgewinn.

Bekanntlich hat dieser Wertwandel insbesondere jüngere Generationen erfaßt. Es bestätigte sich im Verlauf der sechziger Jahre auf zunehmend dramatische Weise, daß die nachlassende Fähigkeit sozialer Ordnungen, sich in der nachwachsenden Generation zu reproduzieren, einer der großen Beschleuniger geschichtlichen Wandels ist. Anscheinend ist der Bruch zwischen den Erfahrungswelten der vor und der nach dem Zweiten Weltkrieg Herangewachsenen mit einem tiefgreifenden Wandel dessen einhergegangen, was überhaupt als „Moral“ gelten soll. Für die älteren Generationen bezog sich Moral vor allem auf die private Sphäre, auf die Normierung des individuellen Verhaltens. Im Generationssprung verschoben sich die Gewichte von der persönlichen Moral, die viel variabler und lockerer wurde, auf die öffentliche Moral, die in der Form von Macht- und Herrschaftskritik an Rigorosität gewann³⁸. Im Anlegen strenger,

³⁵ Wolfgang Prinz, Peter Weingart (Hg.), Die sog. Geisteswissenschaften. Innenansichten, Frankfurt a. M. 1990.

³⁶ Helmut Klages, Wertorientierungen im Wandel, Frankfurt a. M., New York 1984. Aus der Fülle einschlägiger Forschungsliteratur ist hervorhebenswert Oscar W. Gabriel, Politische Kultur, Postmaterialismus und Materialismus in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1986.

³⁷ Winfried Schulze einleitend in: *ders.* (Hg.), Ständische Gesellschaft und soziale Mobilität, München 1980, S. 15.

³⁸ Norbert Elias, Studien über die Deutschen, Frankfurt a. M. 1989, S. 346–348.

zum Teil bis zum kategorischen Imperativ der vollständigen Herrschaftsfreiheit überdehnter Maßstäbe an die gesellschaftlichen Verhältnisse und die Beziehungen zwischen den Staaten vollzog sich eine Moralisierung der Politik, die vieles kritisierbar machte.

Ein vierter Aspekt bringt eine Entwicklung zur Sprache, die einiges von dem bisher Gesagten in besonderer Weise spiegelt: die *Erosion sozialer Milieus*. Was gemeint ist, läßt sich an den beiden profiliertesten Beispielen lebensweltlich weitgehend geschlossener Traditionsmilieus – der sozialistischen Arbeiterbewegung und des Katholizismus – etwas genauer charakterisieren. Unter dem nationalsozialistischen Assimilierungs- und Eliminierungsdruck hatten beide Milieus, wenn auch in unterschiedlichem Maß, schwere Einbußen hinnehmen müssen. Nach Kriegsende vor die Zukunftsfrage gestellt, haben diese Milieus spezifische Illusionen gehegt. Eine allgemeine Rechristianisierung der Gesellschaft stehe bevor, so hieß die eine. Da brauche der Katholizismus bestimmte herkömmliche Instrumente nicht mehr, mit denen er sich früher gegen eine feindliche Umwelt verteidigt hatte – eine eigene Partei, ein weitverzweigtes Verbändewesen und andere distinkte Stützen einer katholischen Sonderwelt. Die künftige Demokratie werde eine sozialistische sein, so hieß die andere Illusion, und sie förderte den weitgehenden Verzicht auf das alte Gefüge der Arbeiterkulturorganisationen, das für sozialistische Arbeiter eine Art Gegenheimat in einer ebenfalls feindlichen Umwelt gesichert hatte. Inwieweit die illusionäre Zukunftserwartung ein hinreichender Grund oder nur eine förderliche Bedingung für solche quer zur alten Lagermentalität verlaufenden Schritte war, entzieht sich für beide Seiten noch der definitiven Antwort³⁹.

Die doppelte Desillusionierung kam schnell. Spätestens 1948/49 ließ sich mit Händen greifen, daß die westdeutsche Gesellschaft weder eine fundamental christliche noch sozialistische sein werde. So setzten auf beiden Seiten Gegenbewegungen ein, in denen man Versuche zur Wiederbelebung relativ geschlossener, sich deutlich abgrenzender sozialmoralischer Milieus sehen kann. Auf der Seite der sozialistischen Arbeiterbewegung zerbröckelte dieser Versuch im Verlauf der fünfziger Jahre. Etwas später, an der Schwelle zu den sechziger Jahren, zeigte sich indessen auch der Katholizismus seismographisch von einem Beben erfaßt, und in der Mitte dieses Jahrzehnts brach die „Traditionskrise der katholischen Lebensweise“ (H. Maier) mit voller Wucht aus. Die konziliare Erneuerungsbewegung des Zweiten Vatikanum (1962–1965) war mit diesem Umbruch aufs engste verbunden – als Antwort und Anstoß zugleich, auch als Zeichen dafür, daß die deutsche Entwicklung längst Teil einer die westlichen Industriestaaten im ganzen erfassenden „rapida rerum mutatio“ geworden war⁴⁰.

³⁹ Vgl. einstweilen *Mooser*, Arbeiterleben, S. 213 f.; daß die relative Breite der nach 1945 wiederaufgebauten Arbeiterkulturbewegung nicht unterschätzt werden sollte, zeigt die Regionalstudie von Stefan *Goch*, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur im Ruhrgebiet. Eine Untersuchung am Beispiel Gelsenkirchen 1848–1975, Düsseldorf 1990. Ulrich von *Hehl*, Konrad *Reppen* (Hg.), Der deutsche Katholizismus in der zeitgeschichtlichen Forschung, Mainz 1988; Jochen-Christoph *Kaiser*, Anselm *Doering-Manteuffel* (Hg.), Christentum und politische Verantwortung. Kirchen im Nachkriegsdeutschland, Stuttgart u. a. 1990.

⁴⁰ *Constitutio pastoralis de ecclesia in mundo huius temporis*, in: Das Zweite Vatikanische Konzil. Dokumente und Kommentare, hg. von Heinrich Suso *Brechtner* u. a., Bd. 3, Freiburg u. a. 1968, S. 241–592, hier S. 304.

So gilt nicht nur für die Bundesrepublik: „Um die Mitte der sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts neigte sich eine lange Epoche, eine ‚longue durée‘ der katholischen Kirchengeschichte dem Ende zu“⁴¹.

Schrumpfung und Erosion der Traditionsmilieus: Wenn die Zeithistoriker dieses Forschungsfeld künftig bearbeiten, unter welchen Bewertungsgesichtspunkten können sie es tun? Einesteils bieten sich Erfolgskriterien an. So ist die hohe gesellschaftliche Integrationsfähigkeit der Bundesrepublik – mithin eine Prämisse der Stabilität ihrer demokratischen Ordnung – kaum denkbar ohne die Lockerung der Bindekraft jener Traditionsmilieus, die in der Weimarer Republik noch so schwer vermittelbar eine fragmentierte Gesellschaft gebildet hatten⁴². Aber heute, da die Modernisierung ihre traditionellen Widerlager so weit aufgezehrt hat, daß sie ihre kritische Energie gegen sich selbst zu richten, sich zu den eigenen Folgen in Distanz zu setzen beginnt, ist der Blick auch wacher geworden für die Verlustgeschichte dessen, was die Modernisierung zertrampelte auf ihrem Weg. Traditionale Maße und Gewichte sind in zuweilen überraschender Mutation als postmoderne Werte wieder reputierlich geworden.

VI

Das Ende der Ära Adenauer wurde hier als Schnittpunkt zweier Entwicklungen aufgefaßt. Die eine führte aus der Problemfassung der Gründerjahre der Bundesrepublik heraus und läßt sich als eine Geschichte der Konsolidierung und Stabilisierung beschreiben. Während die Gründungskrise in fallender Kurve an Brisanz verlor, ist andererseits in vielen Bereichen – außen- und innenpolitisch, sozialökonomisch und soziokulturell – in steigender Kurve die Herausbildung einer neuen Problemkonstellation erkennbar. Wie gezeigt, lassen sich Adenauers letzte Regierungsjahre als eine Ablösungsphase begreifen, in der dieser Konstellationswechsel unter verschiedenen Gesichtspunkten deutlich hervortritt. In mancher Hinsicht war die „große Wende irgendwo in den späten fünfziger Jahren oder kurz danach“ (J. Radkau) so bedeutsam, daß sie nicht nur die westdeutsche Nachkriegsgeschichte gliedert, sondern auch in säkularer Betrachtung Zäsurcharakter gewinnt. Das Ende der Ära Adenauer ließ insofern nicht nur Besonderheiten der Jahre ihres Beginns hinter sich, sondern auch lange Kontinuitäten aus der Welt von gestern. Der Kanzler selbst, in Fragen der Lebensführung und der Wertideen tief in dieser traditionellen Welt verwurzelt, spürte recht genau, daß er, einem „Zauberlehrling“ gleich⁴³, eine Moderne heraufbeschwören half, deren Erscheinungsformen er mit Skepsis, ja teilweise mit schroffer Ablehnung gegenüberstand. So mag sein Rücktritt jenseits der Ereignisgeschichte eines zuletzt rapiden Autoritätsverlusts auch ein Symbol sein für Wandlungstendenzen epochaler Art.

⁴¹ Urs *Altermatt*, *Katholizismus und Moderne*, Zürich 1989, S. 345.

⁴² Detlev *Lehnert*, Klaus *Megerle* (Hg.), *Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung. Zur politischen Kultur der Weimarer Republik*, Opladen 1990.

⁴³ Hans-Peter *Schwarz*, *Epochenwechsel*, S. 360.